

## "Der Ostblock auf der Suche nach einem dritten Weg" in The Guardian (22. November 1989)

**Legende:** Am 22. November 1989 beschreibt die britische Tageszeitung The Guardian die Anstrengungen der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), um sich von dem sowjetischen Gesellschaftsmodell hin zur Marktwirtschaft zu entwickeln.

**Quelle:** The Guardian. 22.11.1989. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "Eastern bloc in search of a third way", auteur:Palmer, John , p. 23.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/der\\_ostblock\\_auf\\_der\\_suche\\_nach\\_einem\\_dritten\\_weg\\_in\\_the\\_guardian\\_22\\_november\\_1989-de-d422a9a9-ccfe-4f0d-a04e-44d6bcoa660e.html](http://www.cvce.eu/obj/der_ostblock_auf_der_suche_nach_einem_dritten_weg_in_the_guardian_22_november_1989-de-d422a9a9-ccfe-4f0d-a04e-44d6bcoa660e.html)



**Publication date:** 08/11/2016

## Der Ostblock auf der Suche nach einem dritten Weg

**John Palmer**

Nach der stalinistischen Marktwirtschaft scheint nun der Tag der sozialen Marktwirtschaft in Osteuropa gekommen zu sein – oder zumindest in all jenen Ländern, die den Weg der wirtschaftlichen und politischen Reform eingeschlagen haben. Die politischen Ziele Ungarns, Polens und der DDR sind sich erstaunlich ähnlich, während die Lage in Bulgarien und in Jugoslawien, das am Rande des Zusammenbruchs steht, noch unklar ist.

Die neuen reformfreundlichen Regierungen unter kommunistischer Führung lassen sich auf ein politisches Glücksspiel sondergleichen ein. Sie zerlegen den stalinistischen Staatsapparat, treiben gleichzeitig ihre Bevölkerungen in eine unerbittliche und unsichere freie Marktwirtschaft und planen die Einführung eines elementaren Sozialhilfesystems sowie demokratischer Reformen.

Die Chancen, dieses Hütchenspiel mit Erfolg zu spielen, sind gering. Man wird sich des Ausmaßes der wirtschaftlichen Krisen in Ungarn, Polen und der DDR erst jetzt wirklich bewusst, und es besteht das Risiko, dass manche der osteuropäischen Volkswirtschaften früher kollabieren, als die langsamen Hilfsprojekte des IWF und der Europäischen Gemeinschaft greifen.

Das direkte Risiko des Zusammenbruchs des Finanzsektors in Ungarn und Ostdeutschland ergibt sich aus der bereits begonnenen Liberalisierung der Wirtschaft. In Ungarn beispielsweise hat die Abschaffung der Einfuhr- und Devisenkontrollen zu einer Kapitalflucht geführt, und es gibt bedenkliche Anzeichen dafür, dass es einen Ansturm ausländischer Gläubiger auf die Finanzinstitutionen des Landes geben wird.

Man kann nicht erwarten, dass der Übergang zu Privatbesitz und freien Märkten im weiteren Rahmen der Volkswirtschaft zu kurzfristigen wirtschaftlichen Gewinnen führt. Ironischerweise ist die halb-kollektivierte ungarische Landwirtschaft derzeit in einem unbestritten besseren Zustand als die vielen privaten landwirtschaftlichen Kleinbetriebe in Polen, an denen die meisten externen Experten verzweifeln, wenn sie versuchen, sie wirtschaftlich zu gestalten, ohne dabei eine Landflucht auszulösen.

Die neuen Regierungen in Budapest und Warschau machen indes ihre ersten vorsichtigen Schritte in Richtung Umstrukturierung ihres verarbeitenden Gewerbes. Die Notwendigkeit, die Geldforderungen nutzloser stalinistischer Industrieanlagen zu senken, der Druck des IWF und die Ambitionen der Privatinvestoren aus dem Westen werden alle in die gleiche Richtung führen – zu zahlreichen Schließungen von Betrieben und höherer Arbeitslosigkeit, als sie diese Länder je erlebt haben.

In Ungarn und Polen sind der stalinistische Staats- und der kommunistische Parteiapparat längst nicht mehr von entscheidender politischer Bedeutung. Die übrigen kommunistischen Parteien sind weder moralisch noch politisch in der Lage, etwas gegen den Trend zur Liberalisierung der Märkte zu unternehmen. Die übriggebliebenen Hierarchien der kommunistischen Parteien hingegen sind meistens zumindest genauso überzeugt von der „thatcheristischen“ Wirtschaftspolitik wie ihre neuen Regierungspartner.

Der reformistische Flügel der ungarischen Kommunistischen Partei – der sich nun Sozialistische Partei nennt – hatte wesentlich weniger Erfolg damit, die Unterstützung von Aktivisten zu gewinnen als ihre Gegner, die neo-stalinistischen Hardliner. Beide werden wahrscheinlich bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr von den zahlreichen Oppositionsparteien, die die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit haben, in den Schatten gestellt werden

Die bedeutendste dieser Parteien ist das Demokratische Forum, das als bürgerlich, extrem nationalistisch und klerikal bezeichnet werden kann, aber auch Unterstützung von ehemaligen kommunistischen Kleinstadt-Funktionären erhält. Dessen größte Gegner sind die wachsende Grüne Partei und die Freien Demokraten, die ein weites Spektrum an Aktivisten vereinen, von Unterstützern der freien Marktwirtschaft bis hin zu Sozialdemokraten.

Der Unterschied zwischen Ungarn und Polen besteht darin, dass es in Ungarn keine unabhängige Organisation für den arbeitenden Mittelstand gibt, obwohl schon erste Schritte zur Schaffung unabhängiger Gewerkschaften unternommen wurden. In Polen hat jedoch die Solidarność-Gewerkschaft noch immer eine gewaltige Zahl von Unterstützern in den Fabriken, auch wenn diese Bewegung immer mehr zersplittert.

Sogar Solidarność-freundliche Minister in Warschau geben privat zu, dass der Ärger und die Desillusion unter ihren Unterstützern mit sinkendem Lebensstandard und knapperen Lebensmitteln immer mehr zunehmen. Lech Walesa hält einen taktisch klugen Abstand zur Regierung, wenn auch nur, um gewisse Ereignisse beeinflussen zu können, wenn sich, wie er öffentlich gewarnt hat, die sozialen Unruhen in bürgerkriegsähnliche Zustände verwandeln sollten.

In Ostdeutschland polarisieren das Neue Forum und andere Parteien nun auf anderer Linie. Einige versuchen, den Reformflügel der regierenden kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische Richtung zu lenken. Andere wollen ein drittes Lager schaffen: einen Sozialismus auf Grundlage einer neuen Form der volksdemokratischen Planwirtschaft und des sozialen und kooperativen Besitzes – und der sowohl den Stalinismus als auch den osteuropäischen Neo-Thatcherismus ablehnt.

Dieser Versuch, einen politischen Raum zwischen den zwei dominanten europäischen Ideologien zu schaffen, verbindet Gruppierungen wie die Linke des Neuen Forums und die polnischen Sozialisten, Teile der ungarischen Grünen und die tschechische Charta 77. Außerdem haben sie mit der entstehenden neuen Linken in der Sowjetunion Kontakte geknüpft.

Es wäre irrsinnig, so zu tun, als bekämen diese politischen Strömungen Unterstützung von den Massen oder als seien sie die einzigen, die von der wachsenden Welle der Unzufriedenheit in Osteuropa profitierten. Es gibt überall bedenkliche Anzeichen dafür, dass die nationalistische und sogar die anti-semitische Rechte wieder neuen Zulauf erhalten.

Diejenigen im Westen, die all ihre Hoffnungen auf die sich reformierenden Bürokratien und ihre neuen Verbündeten in Budapest, Warschau und anderswo setzen, sollten dazu bereit sein, Unterstützung von erheblich größerem Umfang anzubieten, als sie es bisher geplant haben. Tatsächlich ist es so, dass nur Mittel in der Höhe von Marshallplan-Hilfen ein Überleben der neuen reformfreundlichen Regierungen sichern könnten.

Die Probleme bei der Unterstützung Osteuropas werden nur wachsen, wenn der kapitalistische Westen im nächsten Jahr in eine Rezession gerät. Die Kombination aus Krise im Osten und Rezession im Westen könnte vielleicht – aber nur vielleicht - die politische Machtbalance zu Gunsten einer wirklich pan-europäischen Lösung ins Wanken bringen und in eine echte pan-europäische Herausforderung verwandeln.

Die Elemente dieser pan-europäischen Strategie müssen dringend durchdacht werden. Die Neue Linke in Osteuropa, die von den Verbrechen des Stalinismus und dem falschen Gott des Neo-Thatcherismus unberührt und zutiefst von Blockfreiheit, Umweltschutz und innovativen Formen wirtschaftlicher und sozialer Organisation überzeugt ist, befindet sich womöglich in der besten Lage, um dem Rest Europas die Richtung zu weisen.